



Pressemitteilung

Pressereferat

der Landeshauptstadt Wiesbaden
Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden
E-Mail: pressereferat@wiesbaden.de
<http://www.wiesbaden.de/presse>

9. Januar 2024

Statistik, Gesellschaft & Soziales, Homepage

Wiesbadener Stadtanalyse „Wohlbefinden in der Krise“

Die vom Amt für Statistik und Stadtforschung veröffentlichte Wiesbadener Stadtanalyse „Wohlbefinden in der Krise – Persönliche Situation, Belastungen und Sorgen der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener“ zeigt eine hohe persönliche Lebenszufriedenheit trotz vieler gesamtgesellschaftlicher Sorgen auf. Die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener sorgen sich um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie um den Klimaschutz.

Die verschiedenen weltweiten Krisen der letzten Jahre haben auch für viele Wiesbadenerinnen und Wiesbadener spürbare Belastungen und Sorgen mit sich gebracht. Wie gut beziehungsweise beeinträchtigt die Bürgerinnen und Bürger (bisher) durch die Krisenzeit gekommen sind, fällt im Detail jedoch unterschiedlich aus und scheint bereits bestehende sozialstrukturelle Benachteiligungen tendenziell weiter zu verstärken, wie eine neue Publikation mit Ergebnissen aus der Umfrage „Leben in Wiesbaden“ zeigt. Mehr als 4.200 nach einem repräsentativen Zufallsverfahren ausgewählte Wiesbadenerinnen und Wiesbadener hatten sich im Herbst 2022 an der Umfrage der Stadt beteiligt und unter anderem Fragen zur persönlichen Lebenssituation beantwortet, etwa zur Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit und wirtschaftlichen Situation, Belastungen durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg, sowie zu weiteren besorgniserregenden Anlässen.

Insbesondere der Krieg in der Ukraine ist aktuell sehr belastend: Jede/r zweite Befragte fühlt sich dadurch stark bis sehr stark belastet, nur 14 Prozent (eher) nicht. Auch durch

die Corona-Pandemie fühlen sich zum Befragungszeitpunkt im Herbst 2022 - die Spätphase der auslaufenden Pandemie - noch jede/r vierte Befragte eher oder stark belastet. Ein hoher Anteil von 41 Prozent fühlt sich dadurch mittelmäßig belastet, 28 Prozent eher nicht beziehungsweise überhaupt nicht mehr.

Längerfristige negative Auswirkungen der Corona-Pandemie werden vor allem konkret für verschiedene städtische Bereiche wahrgenommen: auf das Wiesbadener Kulturleben (60 Prozent sehr beziehungsweise eher negativ), die Attraktivität der Wiesbadener Innenstadt (52 Prozent) sowie die wirtschaftliche Entwicklung der Landeshauptstadt (46 Prozent). Die eigene wirtschaftliche Situation wird dagegen seltener als negativ beeinflusst eingestuft (18 Prozent). Ein hoher Anteil von 58 Prozent sieht in diesem Bereich eine gemischte Entwicklung mit teils positiven, teils negativen Auswirkungen. Auch betrifft dies einige Bevölkerungsgruppen deutlich stärker als andere, zum Beispiel fühlt sich etwa jede/r vierte Befragte (noch) ohne beruflichen Abschluss sowie Befragte in Schule, Studium oder Ausbildung durch Corona wirtschaftlich beeinträchtigt. Gemischt ist die Einschätzung auch zur Verkehrssituation in Wiesbaden; 31 Prozent der Befragten, die eher bis sehr positive Auswirkungen der Pandemie auf die Wiesbadener Verkehrssituation wahrnehmen stehen 25 Prozent gegenüber, die vor allem negative Effekte sehen, während weitere 26 Prozent dies mit teils/teils beantworten.

Auf die eigene gesundheitliche Situation hatte die Corona-Pandemie nach eigenem Bekunden für etwa ein knappes Viertel der Befragten längerfristige (eher) negative Auswirkungen, darunter für fünf Prozent sogar sehr negative. Weitere 52 Prozent sehen zumindest in Teilen negative Auswirkungen bei gleichzeitiger Wahrnehmung auch positiver Effekte.

Trotz dieser Belastungen der Pandemie-Situation sind knapp zwei Drittel der befragten Wiesbadenerinnen und Wiesbadener mit ihrem Gesundheitszustand zufrieden bis sehr zufrieden, weitere 24 Prozent teils/teils, und nur drei Prozent sehr unzufrieden, weitere sieben Prozent eher unzufrieden.

Positiv zu verbuchen ist auch, dass die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener mit ihrer persönlichen Lebenssituation insgesamt überwiegend zufrieden sind – nur knappe zwei Prozent sind sehr unzufrieden, weitere rund vier Prozent unzufrieden – gegenüber 2018 also keine nennenswerte Veränderung, wobei durchaus eine „Stimmungsdämpfung“ im oberen Bereich erkennbar ist, mit einem Rückgang des Anteils sehr zufriedener gegenüber 2018 von 22 auf 16 Prozent.

Die verschiedenen Krisenbelastungen führen bei den Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern durchaus zu verstärkten Sorgen, wobei sich diese seltener auf die eigene Gesundheit und persönliche Unversehrtheit beziehen, als umso stärker auf eher gesamtgesellschaftliche Themen und deren soziale Auswirkungen. Die Kriegssituation beziehungsweise eine mögliche Ausweitung in Europa, steigende Preise sowie die Versorgung mit Energie und anderen Rohstoffen sind für jeweils knapp 90 Prozent der Befragten Anlass zur Sorge. Dicht dahinter folgen Umweltverschmutzung (84 Prozent) und Klimawandel (81 Prozent). Drei Viertel der Befragten sorgen sich daneben auch um die soziale Ungerechtigkeit sowie die Wirtschaftslage. Für eine deutliche Mehrheit sind daneben Altersarmut (68 Prozent), Rassismus in Deutschland (65 Prozent) sowie eine unsichere Zukunftsperspektive (60 Prozent) Themen, die für die Befragten mit negativen Befürchtungen verbunden sind.

Im Vergleich zu 2016 hat – soweit Vergleichsdaten vorliegen - insbesondere die Sorge um Krieg in Europa (+ 34 Prozentpunkte), die Wirtschaftslage (+ 38,7 Prozentpunkte) sowie den Klimawandel (+ 14,5) zugenommen. Die „Top-Sorge“ Inflation und steigende Preise wurde 2022 erstmals abgefragt, daher gibt es keine zeitliche Vergleichsmöglichkeit. Gleichwohl liefert die Befragung auch konkrete Hinweise auf eine zunehmende finanzielle Belastung zumindest in Teilen der Wiesbadener Bevölkerung.

Die überwiegende Mehrheit der Befragten hat zwar nach eigener Einschätzung ein (relativ) gutes Auskommen mit dem eigenen Haushaltseinkommen. Acht Prozent kommen jedoch nur schlecht beziehungsweise sehr schlecht zurecht, weitere zehn Prozent relativ schlecht. Insgesamt berichtet also fast ein Fünftel der Befragten von einer eher schwierigen finanziellen Situation des eigenen Haushalts. Im Vergleich zu 2018 hat sich der Anteil derjenigen, die gut oder sehr gut zurechtkommen, vermindert (-4,1 Prozentpunkte), während der Anteil derjenigen, die relativ bis sehr schlecht zurechtkommen, von 14 auf 19 Prozent gestiegen ist (+4,3). Der nicht unbedingt dramatische aber durchaus feststellbare Trend zur Verschlechterung der (subjektiven) Einkommenssituation betrifft fast alle Haushaltstypen, ganz besonders allerdings Alleinerziehende, die ohnehin die größten finanziellen Schwierigkeiten aufweisen: Hier hat sich der Anteil derjenigen, die sehr schlecht zurechtkommen, von drei auf neun Prozent verdreifacht, insgesamt geben von dieser Befragtengruppe nun rund 42 Prozent an, relativ schlecht bis sehr schlecht mit dem eigenen Haushaltseinkommen zurechtzukommen. 2018 betrug dieser Anteil noch 35 Prozent.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse eindrücklich, dass Bewertungen der persönlichen Situation nicht reine Privatsache, sondern stark von sozialstrukturellen Bedingungen

geprägt sind, die nicht immer oder nur eingeschränkt individuell beeinflussbar sind. Außerdem geben die Ergebnisse Hinweise darauf, dass die persönlichen Belastungen eng verknüpft sind vor allem mit der Bewertung der gesamtgesellschaftlichen wie auch der kommunalen Situation und der zukünftigen Erwartungshaltung, was einer positiven Haltung gegenüber dem lokalen Gemeinwesen eher hinderlich sein dürfte. So stufen etwa Befragte, die eine hohe Belastung durch die Pandemie und den Ukraine-Krieg äußern, insgesamt die städtische Lebensqualität als geringer ein und weisen deutlich negativere Zukunftserwartungen zur städtischen Entwicklung auf.

Die gefundenen sozialstrukturell geprägten Unterschiede in der Krisenbelastung verdienen daher die anhaltende Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Politik, umso mehr da zu erwarten ist, dass sich anhaltende/neu auftretenden Krisenfaktoren in weiter verschärfenden Ungleichheiten in der persönlichen Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger niederschlagen werden. Dies fußt auf unterschiedlichen persönlichen Rahmenbedingungen wie familiäre und berufliche Situation sowie eng damit verbunden den Einkommensverhältnissen. Sie finden ihren Niederschlag auch in einer sozialräumlich unterschiedlichen „Verdichtung“ von erlebten Belastungsfaktoren.

Die Wiesbadener Stadtanalyse 131 „Wohlbefinden in der Krise - Persönliche Situation, Belastungen und Sorgen der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener“ kann unter www.wiesbaden.de/umfrage2022 oder unter www.wiesbaden.de/statistik kostenfrei heruntergeladen werden.

Fragen beantwortet das Amt für Statistik und Stadtforschung unter Telefon (0611) 315691 oder per E-Mail an amt-fuer-statistik-und-stadtforschung@wiesbaden.de.

+++